



*Der Euro ist nicht unser Geld. Früher war Geld noch bunt bedrucktes Papier. Heute existiert es großteils nur noch virtuell in den Computern der Machthaber.*

noch lange nicht gut sein. Der Euro ist das Geld der Banken und Konzerne, nicht unser Geld. In den Medien wird uns vorgegaukelt, die Euro-Staaten und ihre Politiker müssten endlich mit einer Stimme sprechen und die EU sollte eine Finanz- und Wirtschaftsunion werden, um die Probleme zu lösen. Eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik aller EU-Länder ist jedoch schon allein deshalb unmöglich, weil die EU ein Bündnis miteinander konkurrierender Nationalstaaten ist. Sie finden deshalb zu keiner einheitlichen Lösung, weil die Kapitaleliten Deutschlands grundlegend andere Interessen haben als jene Italiens. Mit jedem Tag Krise brechen diese Widersprüche deutlicher auf.

### **Nicht mehr, sondern weniger EU-Europa!**

Die Antwort im Sinne der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Pensionistinnen und Pensionisten kann nur lauten: nicht mehr, sondern weniger EU-Europa wird ihre Lebenslage verbessern. Nicht eine Vertiefung der kapitalistischen Konzentration innerhalb der EU ist angesagt, sondern ein Ausbrechen aus diesem Klub. Das würde Raum schaffen für eine Politik, wo sich Staaten auf Augenhöhe begegnen, statt in demütigende neokoloniale

Abhängigkeit zu geraten. Liest man die Erklärungen des jüngsten Euro-Gipfels, wird diese Einschätzung vollauf bestätigt; dort heißt es unter anderem: „Aufforderung an die nationalen Parlamente, den auf EU-Ebene angenommenen Empfehlungen zur Durchführung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik Rechnung zu tragen....Wir sagen zu, den Empfehlungen der Kommission ....Folge zu leisten.“

### **Was tun?**

Kurzfristig muss alles unternommen werden, damit die Kosten der Euro-Rettung nicht auf die Lohnsteuerpflichtigen abgewälzt werden. Geht es nach den Herrschenden, ist genau das mit den weiteren Euro-Rettungsschirmen und der geplanten Kapitalausstattung der Banken geplant: die Zeche zahlt die Masse der Bevölkerung über weitere Belastungspakete, während die Superreichen ihre Schäfchen ins Trockene bringen.

Mittel- und langfristig muss für einen Umbau der Wirtschaft, weg vom Export, hin zu mehr Binnenkonsum, weg von der Profitorientierung, hin zu einer Wirtschaft, welche die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung befriedigt, gekämpft werden. Wer die Macht der privaten Konzerne und Banken auf Dauer brechen will, wird das nur jenseits der EU können.

## **Österreich in der EU: Eine Bilanz**

### **Pensionen sinken**

Das Pensionssystem wurde massiv verschlechtert; vor allem der Bemessungszeitraum wurde ausgedehnt. Für Menschen bis ins mittlere Alter bedeutet das Pensionsverluste bis zu 40 Prozent.

### **Bahn und Post sperren zu**

Auf Grund der EU-Postliberalisierung baute die Post zwischen 1999 und 2009 27 Prozent der Beschäftigten ab und sperrte jedes zweite Postamt zu.

Die EU-Eisenbahnliberalisierung führt zur Zerstörung eines kooperativen Eisenbahnsystems: Immer mehr Regionalbahnen werden zugesperrt und die Fahrpläne ausgedünnt. Einem Drittel des Schienennetzes droht die Stilllegung.

### **Steuerpolitik für die Großen**

Große Vermögen, Kapitalgesellschaften und Spit-

zenverdiener zahlen fast keine Steuern mehr. Seit 1992 sind die Einnahmen aus Lohnsteuern doppelt so stark gestiegen wie die Einnahmen aus Gewinnsteuern.

### **Arbeitslosigkeit steigt**

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit Mitte der 1990er Jahre um rund 100.000 Arbeitslose erhöht. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist von 10 auf 25 Prozent gestiegen. Die Zahl der Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbezieher hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. SPÖ, ÖVP und Grüne sagen „Wir sind das sechstreichste Land der Welt“, nur: die arbeitenden Menschen spüren vom Reichtum nichts.

### **Ungleichheit wächst**

Es gibt immer mehr Menschen, die von ihrem Einkommen tatsächlich nicht leben können. So sind die Realeinkommen der einkommensschwächsten 20 Prozent aller Arbeiter und Angestellten von 1995 bis 2008 um netto 22,4 Prozent gesunken!